

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

137 (17.6.1931)

# Volkstreu

50 JAHRE

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALDEMOKRATISCHES KARLSRUHEBADENS

Anzeigenpreise Die 10erpolare Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 10 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zahl der bei Nichtzahlung des Nachzahlungsbetrags, bei geschäftlicher Beendigung und bei Ausbruch der Kraft tritt ein Ermäßigungs- und Geschäftsbeschluss in Kraft. L. 2. o. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikwelt / Sport und Spiel / Die Welt der

Abzugpreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Zulassung 2,20 Mark o. durch die Post 2,00 Mark o. Einzelhefte 10 Pfennig o. Einheft 5 Pfennig wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellnummer 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Weidstraße 29 o. Jernstr. 2020 und 1021 o. Döllersheim-Str. 10a. Durlach, Hauptstraße 9. D.-Baden, Jagdstraße 12; Rastatt, Rastattstraße 2; Oberkirch, Republikstraße 8

Nummer 137

Karlsruhe, Mittwoch, den 17. Juni 1931

51. Jahrgang

## Reichstagseinberufung abgelehnt

Der Reichskanzler macht der Sozialdemokratie Konzessionen in der Notverordnung / Sozialdemokratie nicht für Brüning, aber noch weniger für Hitler, Hugenberg und Thälmann

### Die Entscheidung unserer Reichstagsfraktion

Am Dienstag herrschte im Reichstag Hochspannung. Die Sozialdemokratie trat bereits vormittags 9 Uhr zusammen. Außerdem traten die Fraktionen der Volkspartei, der Wirtschaftspartei, des Landvolks und der Staatspartei zusammen. Vom Zentrum war der Fraktionsvorsitzend präsent.

Das Ergebnis der langen, wiederholt unterbrochenen Verhandlungen war, daß der Vorschlag der Einberufung des Reichstags und des Haushaltsausschusses abgelehnt wurde.

In der Vormittagsfraktion der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die kurz nach 12 Uhr wegen des Zusammentritts des Vorkomitees unterbrochen wurde, erbat die Fraktionsführer Dr. Breitscheid zunächst Bericht über die letzten Verhandlungen mit der Regierung. Inzwischen hatte die Regierung wissen lassen, daß sie auch für den Fall der Einberufung des Haushaltsausschusses zu treten werde. Dieser Beschluß war auf Vorschlag des Reichskanzlers einstimmig gefaßt worden. Als das Kabinett diesen Beschluß faßte, war die Einberufung des Reichstags bereits nicht mehr aktuell. Man diskutierte deshalb auch in der sozialdemokratischen Fraktion hauptsächlich darüber, ob es angebracht sei, die Einberufung des Haushaltsausschusses zu fordern, um auf diese Weise die härtesten Bestimmungen der Notverordnung auszuweichen oder zu mildern. Die Einberufung des Reichstags wurde von der sozialdemokratischen Fraktion mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Stimmung für die Einberufung des Haushaltsausschusses war jedoch außerordentlich hart. Um die Mittagszeit vertagte sich die Fraktion auf 3 Uhr nachmittags.

Im Anschluß an die Vormittagsfraktion der sozialdemokratischen Fraktion trat der Vorkomitee zusammen. Er lehnte die Anträge der Links- und Rechtsradikalen auf Einberufung des Reichstags ab. Da die Volkspartei am Vormittag ihren Beschluß vom Donnerstag auf Einberufung des Reichstags mit 18 gegen 9 Stimmen in ihr Gegenteil verkehrt hatte, stand das Ergebnis der Abstimmung im Vorkomitee von vornherein fest.

Es stimmten im Vorkomitee des Reichstags für die Einberufung die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Wirtschaftspartei und die Landvolkspartei. Alle anderen Parteien sprachen sich gegen den Zusammentritt des Parlamentes aus.

Anschließend fand ein Vorschlag der Sozialdemokratie auf Einberufung des Haushaltsausschusses zur Debatte. Die Deutschnationalen ließen erklären, daß sie die Verhandlungen des Haushaltsausschusses für zwecklos erachteten, und sie deshalb kein Interesse an derartigen Beratungen hätten. Die Wirtschaftspartei ließ eine ähnliche Erklärung abgeben. Auch die Nationalsozialisten erklärten sich zunächst an den Beratungen des Haushaltsausschusses für desinteressiert. Die Entscheidung über den sozialdemokratischen Antrag wurde schließlich auf nachmittags 6 Uhr vertagt.

Die Einberufung des Haushaltsausschusses riefte unterdessen wegen der Haltung der Regierung, die sich immer noch nicht zu Zugeständnissen an die sozialdemokratische Fraktion entschließen konnte, immer mehr in den Bereich der Wahrscheinlichkeit. Die Führer der sozialdemokratischen Fraktion nahmen deshalb in den ersten Nachmittagsstunden nochmals Gelegenheit, dem Reichskanzler die Situation vor Augen zu führen und ihn insbesondere auf die Stimmung innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion aufmerksam zu machen.

Wiederum erklärte sich der Reichskanzler gegen die Einberufung des Haushaltsausschusses. Zugeständnisse wurden jedoch unter anderem hinsichtlich der Verzögerung der Jugendlichen unter 21 Jahren der Saisonarbeiter und der Gemeindearbeiter gemacht. Von allem Anfang an hatte die Sozialdemokratie auf Konzessionen in diesen Fragen entscheidenden Wert gelegt.

In ihrer Nachmittagsfraktion nahm die sozialdemokratische Fraktion das Ergebnis der mittags mit der Regierung geführten Verhandlungen zur Kenntnis und setzte dann die Debatte fort. Die endgültige Entscheidung rückte immer näher, als der Reichskanzler die Abgeordneten Hugenberg und Breitscheid wissen ließ, daß er zu einer weiteren Konzession bereit sei. Er ließ erklären, daß er Anfang August über die notwendigen Veränderungen der Notverordnung verhandeln wolle und dann auch mit der Einberufung des Haushaltsausschusses einverstanden sei. Die Zusage hinsichtlich der Erwerbslosen unter 21 Jahren, die entgegen den Bestimmungen der Notverordnung nach wie vor unterzückt werden, soll

nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers sofort erfüllt werden. In Anbetracht der Zusagen des Reichskanzlers sah sich die sozialdemokratische Fraktion im letzten Stadium der Verhandlungen vor eine neue Situation gestellt. Die große Mehrheit beschloß unter den obwaltenden Umständen das Angebot der Reichsregierung anzunehmen und der Einberufung des Haushaltsausschusses nicht zuzustimmen.

Am 18.15 Uhr trat der Vorkomitee wieder zusammen. In der Zwischenzeit hatten die Rechts- und Linksradikalen beschlossen, ihre Taktik vom Vormittag zu ändern und für die Einberufung des Haushaltsausschusses zu stimmen. Sie waren zu diesem Entschluß gekommen, nachdem der Staatssekretär der Reichskanzlei in der Mittagsfraktion des Vorkomitees ohne zwingende Gründe erklärt hatte, daß die Regierung auch für den Fall der Einberufung des Haushaltsausschusses zurücktreten werde. Unter Bezugnahme auf diese Erklärung stellte der Kommunist Torgler in der Sitzung des Vorkomitees den Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses und zwar nicht, wie er erklärte, weil die Kommunisten die „Majestäts“ haben, daß in diesem Ausschuss an der Notverordnung irgend etwas geändert würde, sondern um auf diesem Wege den Sturz der Regierung zu erreichen. Die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten schlossen sich dieser Erklärung ihrer Wegbereiter an.

Die Abstimmung ergab, daß nur die Links- und Rechtsradikalen für die Einberufung des Haushaltsausschusses waren, alle anderen Fraktionen stimmten dagegen.

Also hat die zugespitzte Innen- und außenpolitische Lage Deutschlands im letzten Augenblick eine Entspannung erfahren. Jetzt liegt es bei der Regierung Brüning, ihr Wort schnellstens einzulösen.

Der am Dienstag von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem sich die Regierung die zur alsbaldigen Aufnahme von Verhandlungen zur Verringerung der Notverordnung bereit erklärt hat, nimmt die sozialdemokratische Fraktion von der Einberufung des Haushaltsausschusses ab und verzichtet auf den beherrschenden Finanz- und Wirtschaftsausschuss im gegenwärtigen Zeitpunkt.“

Von dem Büro der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird zu diesem Beschluß noch folgendes mitgeteilt: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war am Dienstag den ganzen Tag über im Reichstag versammelt, um zu den Anträgen auf Einberufung des Reichstags Stellung zu nehmen. Zunächst wurde beschlossen, die Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstags zu verlangen, um dort die Möglichkeit der Verbesserung der Notverordnung zu prüfen. Nach der ersten Sitzung des Vorkomitees am 12. Juni, machte der Reichskanzler den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion Erklärungen zur Notverordnung, aus denen hervorging, daß die Reichsregierung bereit ist, bei den Ausführungsbestimmungen für die Milberung von Härten Sorge zu tragen. Von entscheidender Bedeutung für die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion war eine weitere Erklärung des Reichskanzlers, er sei bereit, unter der Voraussetzung, daß das finanzielle Gesamtergebnis nicht gefährdet werde, die Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion fortzusetzen. Er sei auch gewillt, im gegebenen Zeitpunkt der Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstags zuzustimmen, und an seinen Arbeiten mitzuwirken.“

Zur Beurteilung der Situation veröffentlicht Abg. Genosse Solkmann in der Parteipresse folgenden Aufsatz:

Mit der ungeheuren Volksmehrheit ist die Sozialdemokratie gegen den einseitigen, unsozialen Charakter der Brüning'schen Notverordnung. Die Sozialdemokratie muß als die Partei der deutschen Arbeiterklasse, alle Möglichkeiten erwägen und alle Wege beschreiten, die zu einer Verbesserung der Notverordnungen des arbeitenden Volkes führen können. Ziel dieser Politik bleibt schließlich, die Notverordnung ganz aufzuheben und an ihre Stelle die ordentliche Gesetzgebung zu bringen, die eine starke Berücksichtigung der berechtigten Massenforderungen ermöglicht.

Die Notverordnung bliebe immer, ja, sie würde verhärtet, wenn der süße Illusion des deutschen Monopolkapitalismus und die mit ihm verbundenen großagrarischen Schichten die Erwerbung aller staatlichen Machtpositionen im Reich und in Preußen erreicht, um sie und alle Bürgerkriegsorden gegen die Arbeiterklasse einzuheben

zu können. Diese Gefahr war in den letzten Stunden auf Millionenherde herangerückt. Die Festigkeit und die Klarheit der Sozialdemokratie hat die Verfechter der hochkapitalistisch-faschistischen Diktatur wieder einmal zurückgedrängt.

Nationalsozialisten, Deutschnationale, Landvolk, bis zum Unfall auch Teile der Deutschen Volkspartei wollten die Einberufung des Reichstags. Mit Hilfe der Kommunisten wollten sie in wilden Reichstagskämpfen dem deutschen Parlamentarismus den Rest geben. Mit Hilfe der Kommunisten wollten sie die jetzige Notverordnung aufheben, um dann am Ende einer unabsehbaren Staatskrise durch eine brutale Rechtsregierung allen sozialen und politischen Rechte des deutschen Arbeitervolkes den Todesstoß zu versetzen. Zu diesem Zweck war ihnen alles recht: weiterer Wirtschaftsrückgang, Gefährdung der Währung, Einstellung der Zahlungen in Reich, Staat und Gemeinden. Aus dem Durcheinander glaubten sie, ihren neuen autokratischen Staat gegen ein geschwächtes und ausgeblutetes Volk schaffen zu können. Darum hat die Sozialdemokratie die Einberufung des Reichstags im gegenwärtigen Augenblick abgelehnt. Sie reißt sich nicht in die Front der Fried, Hugenberg und Thälmann ein, um einer toten Entwicklung die Bahn zu öffnen, die noch mehr Hunger und Verzweiflung über die gequälten Volksmassen bringt. Die Sozialdemokratie will nicht Parlamentarismus und Staatskrise, sondern Hilfe für das deutsche Volk.

Die Mehrheit der Fraktion glaubte, daß die sofortige Einberufung des Haushaltsausschusses zu einer besonderen Abänderung der Notverordnung und zu einer Lösung der schweren politischen und finanziellen Vertrauenskrise führen würde. Der Reichskanzler zeigte sich von geringer Beweiskraft und als schlechter Psychologe, als er zunächst diese sozialdemokratische Forderung ablehnte. Er und sein Kabinett kündigten den Rücktritt auch für den Fall der Einberufung des Haushaltsausschusses an. Nationalsozialisten und Deutschnationale im Vorkomitee sprachen sich gegen die Einberufung des Reichstags aus. Nun, mit den Sozialdemokraten für sofortige Einberufung des Haushaltsausschusses stimmten, denn auch dann kommen wir zu dem ersehnten Ziele eines Regierungsurzuges und einer Eröffnung der schwersten Staatskrise.

Zum Glück aber zeigte sich unsere Fraktion manövrierfähiger als der Kanzler. Sie verfolgte in bewegten und aufregenden Stunden mit fester Konsequenz ihre Taktik, sich nicht auf die Linie Hugenberg drücken zu lassen, sondern den Weg zu Verbesserungen der Notverordnung frei zu machen. Unsere Unterhändler Weis, Breitscheid und Hilferding gingen nicht von dem Willen ab, den Kanzler zu einer besseren Einsicht zu bringen. Es gelang zwar unvollkommen, aber doch so weit, daß die erste Abmilderung des Notgesetzes zugestimmt wurde, vor allem aber, daß sich der Reichskanzler bereit erklärte, alsbald Verhandlungen mit uns zu führen, ja, auch der demnächstigen Einberufung des Haushaltsausschusses zuzustimmen. Das ist gewiß noch nicht viel, aber es ist doch eine Grundlage gegen die schlimmsten Bestimmungen der Notverordnung weiter anzukämpfen. Wie werden wir uns mit dieser ganzen Notverordnung abfinden, sie muß geändert werden. Nicht nur die Volkstimmungen, auch Wirtschaft und Finanzen erfordern es.

Für manche wird die Haltung unserer Fraktion nicht leicht verständlich sein. Sie mögen sich folgende, einfache Erwägungen vorlegen: Mit der jetzigen Regierung, so schlecht sie immer sein mag, können wir doch ausansehen der Volksmassen auf Verbesserung des Notgesetzes verhandeln. Mit der nach ihr folgenden Rechts- oder Militärgovernment hört jedes Verhandeln auf. Sie wird rücksichtslos gegen die Arbeitermassen diktieren und deren Stimmen überhaupt nicht mehr hören. Gewiß kann das nur ein vorübergehender Zustand sein, aber haben wir diesen rohen Machthabern dann alle Machtapparate und alle Waffen des Staates ausgeliefert, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie erbarmungslos gegen die sich aufblühenden Massen angewendet werden.

Die Sozialdemokratie hat den unmittelbaren Zusammenbruch abgewendet, wenigstens hat sie dadurch das kümmerliche an Löhnen und Renten noch avertiert, was auch zu Bruch gegangen wäre, wenn im Strudel der Staatskrise die öffentlichen und zweifellos privaten Kassen von Unternehmungen ihre Zahlungen hätten einstellen müssen.

Es ist ein rettender Akt auf Frist, mehr nicht. Das wissen wir. Die Reichsregierung und die Parteien, soweit sie überhaupt noch rettende Politik wollen, haben noch einmal eine Chance bekommen. Ob innenpolitisch und außenpolitisch, wirtschafts- und finanzpolitisch die Führer und die bisherigen Freunde die eine Frist zur gewaltigen Arbeit nützen? Darauf kommt es an.

Die Sozialdemokratie ist ebenso stark an Verantwortungsbewußtsein wie an Kampfkraft. Sie ist nicht für Brüning, aber sie verbindet sich noch weniger mit den zerstörenden Mächten des Reiches Hitler, Hugenberg und Thälmann. Die Sozialdemokratie geht ihre eigenen Wege. Dieser Tag hat sie das wieder klar bewiesen. Sie kann auf diesem Wege gehen, Verluste erleiden von armen, tiefbedrückten und seelisch ermürbten Menschen, denen die Last zu schwer geworden ist, die ihnen auferlegt worden ist. Die besten, mutigsten und klügsten Rädler der deutschen Arbeiter werden trotz allem mit uns marschieren und die Wendung vorbereiten, daß das deutsche Arbeitervolk wieder im Angriff steht.

### Regierungsrücktritt in Oesterreich

Wien, 16. Juni. (Eig. Draht.) Die österreichische Regierung ist am Dienstag nachmittag zurückgetreten. Die Verhandlungen zur Neubildung der Regierung werden am Mittwoch beginnen. Dem Rücktritt des Gesamtkabinetts ging die Demission des Innenministers, des Landbündlers Winkler voraus. Winkler begründete seinen Rücktritt damit, daß der Finanzminister gegenüber den ausländischen Kreditgebern eine Haftung für 80 Millionen Dollars übernommen habe.

Wien, 16. Juni. Die Christlich-sozialen Vereinigung des Nationalrates hielt heute nachmittag unter dem Vorsitz des Obmannes Dr. Bartsch eine Sitzung ab, um zu der durch die Gesamtdemission der Regierung Dr. Ender geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Der Klub drückte dem Bundeskanzler Dr. Ender einstimmig und unter großem Beifall das volle Vertrauen aus und ersuchte ihn eindringlich, falls er vom Bundespräsidenten mit der Bildung der neuen Regierung betraut werden sollte, diesem Auftrag Folge zu leisten.

### Die oldenburgische Regierung zurückgetreten

Oldenburg, 16. Juni. Nach der Annahme des Mißtrauensvotums im oldenburgischen Landtag ließ die Beamten-Regierung erklären, daß sie nicht mehr länger amtierend könne und deshalb zurücktrete. Sie bitte den Landtag, sich mit Beschleunigung die Regierungsgeschäfte oder -amtsübernahme angelegen sein zu lassen.

### Lärmjahren im bayrischen Landtag

München, 16. Juni. Als bei der Fortsetzung der Landwirtschaftsdebatten im bayerischen Landtag der Bayernbündler Eugenberger die „überpannt nationale“ Politik der Nationalsozialisten scharf kritisierte, erfolgte von den nationalsozialistischen Parteien mitempfindliche Unterbrechungen und Zwischenrufe, so daß der Präsident dem Redner nur mit Mühe Gehör verschaffen konnte. Die Lärmjahren auf den nationalsozialistischen Banken wiederholten sich jedoch noch bei der Fortsetzung der Rede, so daß zwei Nationalsozialisten zur Ordnung gerufen werden mußten. Als nächster sprach der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Hellmuth, der mit der Drohung schloß: „Wenn Hitler und die Nationalsozialisten aus Ruher kommen, dann werden sie durchgreifen, Köpfe werden dann in den Sand rollen!“. Der Redner erhielt wegen grober Ungebühr ebenfalls einen Ordnungsruf, dem im weiteren Verlauf drei andere folgten, weshalb er aus dem Saale verwiesen werden mußte.

### Maßnahmen gegen Kapitalflucht

#### Die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen kann verlangt werden

Der Reichsfinanzhof hat eine Entscheidung gefällt, die für die steuerliche Erfassung der im Ausland angelegten deutschen Vermögenswerte von Bedeutung ist.

Das Finanzamt hatte von einem Kaufmann eine eidesstattliche Versicherung verlangt über die im Ausland befindlichen Vermögenswerte seiner Firma. Er erhob Beschwerde gegen das Finanzamt beim Präsidenten des Landesfinanzamts und gegen dessen ablehnenden Bescheid Rechtsbeschwerde. Der Reichsfinanzhof stellt in seinem Urteil fest: Das Finanzamt kann verlangen, daß der Steuerpflichtige sich bestimmt erklärt, ob er eine eidesstattliche Versicherung abgeben will, und kann diese Erklärung nötigenfalls durch Geldstrafen erzwingen. Dagegen ist Beschwerde und weiterhin die Rechtsbeschwerde zulässig. Es war bei Ausschöpfung aller gesetzlichen Mittel bisher nicht möglich, Steuerhinterziehungen durch Steuerflucht in einer die Allgemeinheit bedrohenden Weise auszuüben und zu bekämpfen. Durch § 201a der neuen Fassung der Abgabenordnung wird den Finanzämtern nachdrücklich zur Pflicht gemacht, darüber zu wachen, daß nicht durch Kapital- oder Steuerflucht oder auf sonstige Weise die Steuereinnahmen zu unrecht verflüchtigt werden. Auf Grund dieser Anweisung hält es der Reichsfinanzhof für zulässig, daß die Finanzämter nunmehr eidesstattliche Versicherungen verlangen. Der Steuerpflichtige muß sich nunmehr entscheiden, ob er an dem an ihn gestellten Verlangen auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung nachkommen will oder nicht. Nicht die eidesstattliche Versicherung selbst kann erzwungen werden, wohl aber die Entscheidung, ob er sie abgeben will oder nicht.

### Gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Uebermacht

Aus Stuttgart wird uns berichtet: Vom Reichswirtschaftsminister, dem Vorsitzenden des Kartellgerichts in Berlin, ist unter dem 28. Mai Antrag auf Verbannung einer Ordnungsstrafe gegen den Süddeutschen Kohlenwirtschaftsverband E. B. Mannheim, den Kohlenfontor Weidenmeyer u. Co. Mannheim, den Süddeutschen Union-Erzkohlenhandel, Mannheim, den Verein Württembergischer Kohlenhandlungen E. B. „Platzhandel“ Reutlingen, den Verband Stuttgarter Kohlenhandlungen E. B. und noch 4 weitere Mannheimer Kohlenhandlungen gestellt worden. Die betreffenden Wirtschaftsverbände und Kohlenhandlungen haben in den letzten 5 Jahren gegen die Stuttgarter Kohlenhandlung Friedrich Wetz und noch über hundert andere süddeutsche Kohlenhandlungen die Lieferungsverträge verbündet, ohne die Erlaubnis dazu beim Vorsitzenden des Kartellgerichts eingeholt. Der Reichswirtschaftsminister verlangt, daß diese Sperre sofort aufgehoben wird. Die Verhandlung über seine Anträge ist für den nächsten Monat in Aussicht genommen.

### Kohlenarbeitszeitabkommen in Genf angenommen

Genf, 16. Juni. (Eig. Draht.) Mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit von 67 gegen 16 Stimmen hat die Vollversammlung der internationalen Arbeitskonferenz am Dienstag den Entwurf des Abkommens für die Arbeitszeit im Kohlenbergbau in erster Lesung angenommen. Die Arbeit des Redaktionskomitees wurde von dem englischen Bergbauingenieur Schinwell begründet, der das Abkommen als gemäßigtes Dokument sozialen Fortschritts bezeichnete.

Das Abkommen sieht folgende Bestimmungen vor: Die Arbeitszeit im Kohlenbergbau gilt für sämtliche Kohlenbergwerke. Das Abkommen erstreckt sich auf alle Unternehmen, mit Ausnahme solcher, die im Aufschichtdienst beschäftigt sind. Im Steinkohlenbergbau darf die Dauer der Anwesenheit im Bergwerk einschließlich der zeitlichen Fahrzeit 7,45 Stunden täglich nicht überschreiten. An Sonn- und gesetzlich anerkannten Feiertagen dürfen Arbeitnehmer im Kohlenbergbau nicht beschäftigt werden. Ausnahmen für die Arbeitnehmer unter 18 Jahren sind genau festzusetzen. Für rein wirtschaftliche Zwecke kann die zuständige Bergbaubehörde den Arbeitnehmern nach Befragung 60 Ueberstunden im Steinkohlenbergbau zur Verfügung stellen. Diese Ueberstunden müssen mindestens mit 25 Prozent Lohnzuschlag bezahlt werden. Die Bestimmungen gelten nicht für den Stein- oder Braunkohlenabbau, hierfür finden die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens über den 8-Stundentag Anwendung.

# Verschleüderung öffentlicher Gelder

## Gelder von Molkereigenenschaften und Viehverwertungsverbänden zur Finanzierung rechtsradikaler Blätter

Im preuß. Landtag erfolgte dieser Tage die überaus interessante Beratung der sozialdemokratischen Großen Anfrage wegen der Verwendung von landwirtschaftlichen Genossenschaftsmitteln für parteipolitische Zwecke des Verlages „Kommunistische Reichspost“ in Stettin. Damit verbunden war eine Große Anfrage der Sozialdemokratischen Fraktion über die Unterstützung der deutschnationalen „Kommunistischen Reichspost“ aus staatlichen und genossenschaftlichen Mitteln.

Die Anfrage wurde vom preuß. Staatsministerium dahin beantwortet, daß das Stammkapital der „Kommunistischen Reichspost“ eine Million Mark betrage. Daran seien genossenschaftliche Zentral- und Provinzialinstitute mit mehr als 400.000 Mark 23 führende Persönlichkeiten des preussischen Genossenschaftswesens mit zusammen über 100.000 Mark beteiligt. Soweit es sich um eigene Gelder dieser Genossenschaftsführer oder um Kredite handele, die ihnen die Genossenschaft zur Verfügung gestellt habe, sei der Regierung nicht bekannt. Ebenfalls seien rund 63 Prozent der „Kommunistischen Reichspost“ im Besitz genossenschaftlicher Kreise. Nach Aufhebung der Staatsregierung könne es nicht Aufgabe der Genossenschaften sein sich in dieser Art an parteipolitischen Unternehmungen wie der Herausgabe der „Kommunistischen Reichspost“ zu beteiligen. Auf des Reichs werde eingewirkt werden, daß auch die Spritruhm-Monopolverwaltung ihre Beteiligung an der „Kommunistischen Reichspost“ aufhebe.

Abg. Hartwig (Sos.) erklärte: Wir haben uns hier wieder mit einem der vielen Skandale zu beschäftigen, bei denen öffentliche Gelder der Republik für deutschnationalen Parteizwecke vergebend worden sind. Die Korruptionsfandale dieser Art häufen sich immer mehr.

Bei der Raiffeisenbank allein haben führende deutschnationalen Politiker 80 Millionen Staatsgeld verpulvert.

In dem vorliegenden Falle handelt es sich darum, daß mit Genossenschaftsgeldern, die von der Preußenkasse, also vom Staat gekommen sind,

ein rechtsradikales Zeitungsunternehmen in großem Maßstab subventioniert

worden ist. In dieses Unternehmen haben die Genossenschaften dauernd ihr Geld gesteckt und die Verluste gedeckt. Jahr für Jahr hat das Defizit der „Kommunistischen Reichspost“ 150.000 bis 200.000 Mark betragen, und die aus den öffentlichen Kassen unterhaltenen Genossenschaften haben es gedeckt. Vorfisber des Aufsichtsrats des Unternehmens ist

der deutschnationalen Landtagsabgeordnete von Rode-Demmin. Er ist also der Hauptschuldige an der Verschleüderung öffentlicher Gelder für deutschnationalen Parteizwecke. (Hört! hört! und Beweuna.)

Selbst die Molkereigenenschaften, gearndet zur Herstellung und zum Vertrieb des Stoller Käses, hat man mit ihren Geldern für diesen politischen Tendenzbetrieb herangezogen, und die Viehverwertungsverbände haben ebenfalls fleißig beigetragen.

Das Geld, das der preussische Staat für die Nationalisierung der Danzigerbahn aufgebracht hat, ist schließlich in den Kassen der „Kommunistischen Reichspost“ gelandet.

### Pressestimmen zur Einigung im Reichsterrat

Die Morgenblätter beschäftigen sich in ausführlichen Artikeln mit der vom Reichsterrat abgeleiteten Einberufung des Reichstages und des Bundesratssitzungstages.

Die Germania spricht von einer staatspolitischen Tat, die in entscheidender Stunde das deutsche Volk vor dem Abgleiten in das Chaos bewahrt habe.

Die Börsische Zeitung nennt den Ausgang der Verhandlungen einen Sieg der Verantwortlichen.

Die Deutsche Tageszeitung spricht von einer „verlangten Krise“. Die Regierung habe gesiegt, aber es sei nur ein taktischer Sieg, und er könne zum Durchbruch werden, wenn sich nämlich die Hoffnungen nicht erfüllen, von der eine Reihe von Parteien ihre Duldung abhängig gemacht hätten.

### Wenn Brüning zurücktritt Kabinett Eugenberg?

In der Fraktionsitzung der Deutschen Volkspartei hat, wie die Frankfurter Zeitung hört, der Vorsitzende, Herr Dingeldey, berichtet, daß im Falle eines Rücktritts des Kabinetts Brüning der



Die Küste der Insel „Noirmoutier“, die das Ziel der Sonntagsausflügler war. Bei der Rückkehr ereignete sich die furchtbare Katastrophe.

### 465 Tote beim Untergang des „St. Philibert“

Paris, 16. Juni. Wie Havas aus St. Nazaire berichtet, ist nunmehr eine zweite Liste der Opfer des Schiffsunglücks veröffentlicht worden. Sie umfaßt 97 neue Namen, was mit den heute schon veröffentlichten 386 eine Gesamtzahl ergibt.

die ein Jahrzehnt lang deutschnationalen Parteipropagandablatt war und

jetzt nationalsozialistisch geführt ist. (Hört, hört! und Beweuna.) Augenblicklich wird man an einer neuen Sanierung der „Kommunistischen Reichspost“ arbeitet: aus der Diktatur auf dem Weg über die Landstelle soll ein einseitiger Propagandablat dem rechtsradikalen Parteiblatt wieder aufgeboren werden.

Es ist höchste Zeit, daß der Staat energisch mit dieser deutschnationalen Korruption und Ausplünderung öffentlicher Kassen auftrumpft. (Beifall bei den Sos.)

### Hitler als Leithammel

#### Die „wissenschaftliche“ Begründung des Führeramt

Die nationalsozialistische Partei ist neuerdings um eine wissenschaftliche Begründung ihres Führerprogramms bemüht. In dem am 10. Juni in der Reichshaus abgehaltenen Parteitag sprach der Führer Adolf Hitler über die nationalsozialistische Weltanschauung des 20. Jahrhunderts. In längerer Ausführungen bemühte er sich hierbei um den Nachweis, daß die Weltanschauung des Nationalsozialismus auf naturwissenschaftlichen Entwicklungsgeboten beruhe.

Der Führergedanke, auf den die nationalsozialistische Partei und ihr Programm aufgebaut sei, sei direkt aus naturwissenschaftlichen Erkenntnissen abgeleitet. Überall in der Natur sei der Führergedanke als regelndes Prinzip vorzufinden. Als die ersten Europäer die Steppen Nordamerikas betreten, da fing sich jeder Kolonist seinen Platz an und zwang ihm durch Zähmung seinen Führerwillen auf. Die wilden Wildbeuten haben ihren Führer, dessen Führung sich die Herde bereitwillig unterwirft, die durch deren Führung von den drohenden Gefahren bewahrt bleibt und deren Herdenreichtum so gesichert wird. Auch die Schafe haben ihren Führer, den Hirten, und auch sonst in der Tierwelt findet sich der Führergedanke überall vor.

Die höchstentwickelte Gattung Lebewesen, der Mensch, kann gleichfalls nicht der Leitung eines allein verantwortlichen Führers entbehren, wenn sie nicht zugrunde gehen soll. Darum auch bei der nationalsozialistischen Führerlehre, „natürlich“, während die Demokratie „unnatürlich“ ist. In Adolf Hitler, dem großen nationalsozialistischen Führer, verkörpert sich demnach ein auf naturwissenschaftlicher Erkenntnis beruhendes Prinzip, das über kurz oder lang über das „unnatürliche“ und jeder wissenschaftlichen Erkenntnis widersprechende Herdenprinzip der Demokratie hinweggeräumt werden.

So, jetzt wissen wir Bescheid, Adolf Hitler, der Leithammel einer willenslosen Herde von Schafen, die ihm einseitig blindlings zu folgen haben! Da die Leithammeltheorie loszulassen parteiamtlich für die Hakenkreuzler aufgestellt wäre, wäre es verfehlt, dagegen Widerstand zu erheben.

Reichspräsident zunächst den deutschnationalen Führer Eugenberg mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen würde.

### Erlaß des Reichsarbeitsministers gegen Doppelverdiener

Der Reichsarbeitsminister hat einen Erlass an den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gerichtet, in dem er ersucht, die Bundesarbeitsämter und Arbeitsämter mit aller Dringlichkeit anzugehen, bei der Arbeitsvermittlung einem etwaigen Doppelverdienst besondere Aufmerksamkeit auszusenden. Der Reichsarbeitsminister bezieht sich hierbei auf das Gutachten der Braunkohlen-Kommission, die darauf hingewiesen hat, daß bei gleicher Eignung mehrere Arbeitsuchende die nicht erwerbsbedürftigen Bewerber hinter den notwendig auf Erwerb angewiesenen Stellenlosen zurücksetzen müssen.

### Sieg der Regierung Naval

Paris, 16. Juni. Die Kammer nahm nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte der Regierung eine Vertrauensstimmungsfrage (Nen.) an. Sie lautet: Die Kammer bleibt bei Friedens- und Sicherheitspolitik, wie sie von der Regierung betrieben wird, frei.

### Die entsetzliche Katastrophe des Ausflugsdampfers „St. Philibert“

Karte mit dem Weg des „St. Philibert“ und der Unfallstelle. Ueber die getrennten Rettungsarbeiten der Ueberlebenden bei Ebbe nahmen 60 Passagiere des „Philibert“ den Rückweg, die dabei der Katastrophe entgingen.



### 465 Tote beim Untergang des „St. Philibert“

Paris, 16. Juni. Wie Havas aus St. Nazaire berichtet, ist nunmehr eine zweite Liste der Opfer des Schiffsunglücks veröffentlicht worden. Sie umfaßt 97 neue Namen, was mit den heute schon veröffentlichten 386 eine Gesamtzahl ergibt.





# Aus aller Welt

## Zugunglück in Düren

Düren, 16. Juni. Gestern abend 10.50 Uhr rangierte auf einem Nebengleis der Strecke Düren-Heimsbach ein Materialzug. Durch Ueberrangieren stürzten drei Wagen die über fünf Meter hohe Böschung hinab auf die Straße. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Abgestürzt sind ein Geräte-, ein Mannschaftswagen und ein mit Schläde voll beladener Güterwagen. Ueberfallkommando, Bahnhofs Polizei, Sanitätskolonne und Feuerwehr waren sofort an der Unfallstelle erschienen. Es ist lediglich Materialschaden entstanden.

## Mord nach zehn Jahren aufgeklärt

Falkenberg (OS.), 16. Juni. Vor etwa zehn Jahren wurde der Oekonom Hübscher des ehemaligen Offiziersstäbchens Landsdorf ermordet. Man fand ihn dann in einer Düngergrube tot auf. Offenbar lag ein Raubmord vor, denn dem Toten fehlte die Borschaft und eine schwere goldene Uhr. Der Verdacht richtete sich gegen den Gattinwitze Golek, bei dem sich Hübscher aufgehalten hatte. Anfang dieses Jahres ist Golek verurteilt und hat die Uhr des Ermordeten zum Kauf angeboten. Darauf wurde er wegen Mordverdachts verhaftet.

## Straßenbahnzusammenstoß in Stuttgart

Stuttgart, 16. Juni. In der Wilhelmstraße stießen heute nachmittags zwei Straßenbahnzüge zusammen. Drei Wagen wurden zertrümmert, dabei wurden zwei Personen schwer und zehn bis zwölf hauptsächlich durch Glassplitter leicht verletzt. Der Unfall soll durch Versagen der Bremse eines Motorwagens verursacht worden sein.

## Klärungsprozess in der württembergischen Ärztekammer

### Die junge Richtung siegt

Stuttgart, 16. Juni. (Eig. Meldung.) Bei den Wahlen zur Württ. Ärztekammer hat es im Bezirk Stuttgart einen „Erdbeben“ gegeben, der in unmittelbarem Zusammenhang mit den im Anschluss an die bekannten Vorgänge bei der Anlagenerhebung gegen die Ärzte Dr. Friedrich Wolf und Frau Dr. Jacobowitsch-Kienle erfolgten öffentlichen Erörterungen steht. Von den bisherigen 6 Vertretern des Bezirksvereins erzielten nur zwei eine zur Wiederwahl ausreichende Stimmenzahl, der Orthopäde Dr. Lebr und Dr. Dusch-Oberdürckheim. Dagegen sind mit teilweise überwältigender Mehrheit aus der Kammer hinausgewählt worden Sanitätsrat Dr. Neunhoffer, der bekanntlich die ersten Anzeichen gegen Frau Dr. Kienle erfasste und seiner Gefinnung nach deutschnational und antisemitisch ist, ferner Dr. Feldmann, Dr. Schwarz und Dr. Feldmaier (Cannstatt). An ihrer Stelle wurden gewählt: Stadtarzt Prof. Dr. Costar, Fel. Dr. Maria Wolf, Dr. Otto Einstein und Dr. Gundert (Oberarzt am Bürgerhospital). Wenn die neugewählten Mitglieder sich zum Teil, das trifft namentlich auf Prof. Costar zu, auf keine ärztliche „Richtung“ festlegen wollen und auch nicht mit allem einverstanden sind, was die opponierenden jungen Ärzte, von denen der Wahlvorschlagn ausging, gegen die feilberigsten Kammermitglieder unternommen haben, so ist ihre Wahl doch aus Opposition gegen die früheren Mitglieder erfolgt und der große Erfolg, den der Gegenvorschlagn zu verzeichnen hatte, bedeutet deshalb den Anfang eines Klärungsprozesses, der sich, wie man annehmen darf, weiter fortsetzen und auch auf andere Bezirke des Landes übergreifen wird.

## Kapitalistische Unmenschlichkeit

### Cuba läßt Zuckerröhre verfaulen

Inser wirtschaftspolitische Mitarbeiter schreibt uns: Obgleich das internationale Zuckeraufkommen (Cuba-Boerne-Aufkommen), das eine Drosselung des Zuckereports vorzieht und eine Unterbietung des Zuckerepreises auf den Weltmärkten verbieten will, in den meisten Ländern durchgeführt zu werden scheint und zu einer Einschränkung der Zuckeraufbaufläche führen muß, war der Zuckermarkt während der letzten Wochen ungewöhnlich nervös und

unsicher. Daran trägt u. a. die schlechte Haltung der Neunhoffer Wertpapierbörse Schuld. Auch ist man in den Ländern, die der Einschränkung der Anbaufläche zugestimmt haben, sehr wenig mit der getroffenen Regelung zufrieden. So mehren sich z. B. in Cuba die Proteste, monach man das auf den Feldern stehende Zuckerrohr bis zu 60 Prozent verfaulen läßt.

## Sanierungsprogramm

Nein, wirklich! So kann die Schwerindustrie auf keinen Fall existieren. Wir benötigen jetzt einen starken Mann, der soll uns mal gründlich sanieren.

Zwar kann die heutige Wirtschaftsform den Arbeiter nicht mehr ernähren, doch was tut's? Man erötet ihm nach und nach den kürzesten Gang zum Verzehren.

Das viele Fressen beim niederen Volk ist nichts als schlechte Gewöhnung; wir schaffen ihm engerer Schmachtrömen an, denn weh's auch mit halber Lohnung.

Nach ein paar Jahren des Uebergangs erfolgt dann die weitere Stufe; wir erklären die Arbeit zum Ehrenamt in jeglichem Handwerksberufe.

Wenn erst der Lohnzwang beseitigt ist samt all den anderen Lasten, fällt wieder gemünzter Proletenschweiß dem Fabrikanten in den Kasten.

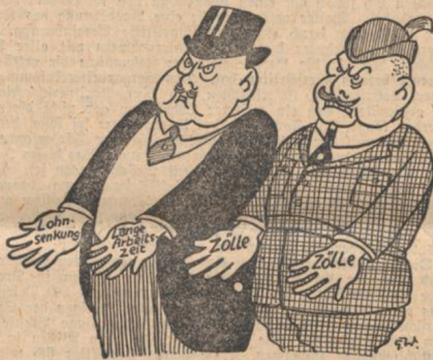
Den Idealzustand aber erklimmt die Wirtschaft im dritten Grade: Hier gewinnt die Arbeit den Stellenwert einer schwer erlangbaren Gnade.

Und jeden, der durch Beschäftigung will entfliehen des Hungers Qualen, den läßt man für jeden Arbeitstag ein Honorar aus zahlen.

Der Wels muß die Arbeit gratis tun und obendrein Geld aus bieten! Dann erst sind wir Herren vom Großkapital gefügigt und endlich zufrieden.

Ferdinand Radinger.

## Die rettenden Hände



„Es ist unsere Ueberzeugung, daß die Führung des deutschen Volkes ungefümt in die Hände entschloffenster und zu rettender Lat bereiter Männer gelegt wird.“ (Entschloffenheit des Reichslandbundes.)

## Volkswirtschaft

### Wirtschaftsstrike und Sensationsgerüchte

Die Krise droht legt auch führende Hamburger Exporthäuser in den Strudel der Geschäftsunruhen zu ziehen. Die Firma Schulz, Ziemer & Co. ist bereits ein Opfer der Verunsicherung des Auslandes gegenüber Deutschland geworden. Die Unternehmerrisse hat nun fast schon herausgefunden, wer an der panikartig angeschwollenen Mißtrauenswelle schuld ist. Sie meint, die Boulevard-Presse mit ihrem Gerücht über „Strahlenflieger“ habe die Verunsicherung des Auslandes dem Eindruck der Berliner Standesmedien haben sofort ausländische Reder ihre Schiffe nach außerdeutschen Häfen umbrügert, und die ausländischen Kreditbrute fänden in unzulässigem Zusammenhang mit den Nachrichten, die in der deutschen Öffentlichkeit aus dem Ausland verbreitet würden.

Das ist etwas viel Gerücht. Wenn das Ausland mißtraulich geworden ist, dann hat es dafür schon triftigere Gründe als das Gerücht irgendwelcher Boulevard-Mitler. Die Wirkliche der Exporthäuser gegen das Kabinett Brünning, ihr Leibelmeitel mit Sitter und ähnliche Dinge haben das Ausland ruhig gemacht. Im übrigen gibt es auch reichsgerichtet Boulevardblätter. Gerade sie und die Tagespresse haben die kommunistischen Kräfte sensationell aufgeschauelt.

### Der Baumarkt muß belebt werden

Wo bleibt die 40-Stundenwoche? Es liegt auf der Hand, daß die schlechte wirtschaftliche Entwicklung des uns mit darin begründet ist, daß die Nutzung von Baumaterialien der Welt. Darunter leidet naturgemäß die Bauarbeiterfrage. Hier muß die Regierung unbedingt Maßnahmen treffen, wenn Schlimmtes verhütet werden soll. Der Deutsche Bauerverbund fordert deshalb in einer Eingabe an die Regierung die Anordnung der 40-Stundenwoche für das gesamte Baugewerbe. Die Regierung hat dafür eine Ermächtigung in der neuen Arbeiterordnung. Im übrigen verweist der Bauerverbund in seiner Eingabe an die Reichsregierung auf die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten im Wohnungs- und Serrahngsbau. Die Regierung muß endlich, so wird in der Eingabe des Baugewerksbundes unterstrichen, an die Beschaffung von Auslandskapital herangehen und die Frage der zweiten Hypothek ordnen, die für das Schicksal der Bauarbeiter entscheidend ist.

Auch der Verband der sozialen Bauarbeiter hat sich mit der katastrophalen Lage am Baumarkt befaßt. In einer Resolution in Berlin wurde eine Entschloffenheit angenommen, in der es u. a. heißt: „Dringend gefordert wird die Beendigung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe auf 40 Stunden wöchentlich. Die Beendigung der Arbeitslosigkeit ist für das Baugewerbe technisch und wirtschaftlich durchaus möglich. Arbeitslosigkeit ist sie unbedingt erforderlich.“

### Marktberichte

Der Freiburger Schlachtviehmarkt für Groß- und Kleinvieh hatte einen Auftrieb von 19 Ochsen, 26 Rindern, 16 Färren, 35 Rindern, 190 Rälbern, 500 Schweinen und 20 Schafen. Preise: Ochsen 46-48, 48-48, 48 bis 46, 40-42; Färren 36-40; Rälber 30-32, 24-27, 18-22; Rälber 68 bis 70, 64-66, 64-62; Schweine 46-52, 46-48, 42-44; Schafe 46-50, alles Fleischa bis Pfund Lebendgewicht. Leberzucht: Großvieh sehr ruhig, Rälber ruhig, Schweine langsam, geringe Ueberstände bei Großvieh, Rälbern und Schweinen. Notiz: Diese Preise sind Durchschnittspreise und schließen familiäre Befehle des Handels ab. Stoll für Frost, Markt und Verkaufsstellen, Umfassender sowie den natürlichen Schwelgschwelgs ein.

Der Karlsruher Schlachtviehmarkt zeigte folgendes Bild: Zufuhr: 38 Ochsen, Preis: 42-46, 40-42, 38-40, 37-39, 35-37, 34-35, 48 Rindern, 37-38, 34-35, 33-34, 30-33, 31 Rälber: a - , b 17-25, 16-17, 17 Färren: 43-49, 35-41, 201 Rälber: a - , b 60-63, 57-60, 58-67, 41 bis 46, 1366 Schweine 42-44, 44-46, 46-50, 48-51, 45-50, 34-38. Beste Qualität über Markt bezahlt. Leberzucht: Bei Großvieh und Schweinen langsam, Ueberstand, bei Rälbern langsam, geräumt.

## Gemeindepolitik

### Gemeinderatsbeschlüsse

Jöhlingen (Sitzung vom 11. Juni) Eine Schätzung von Grundstücken zwecks Kapitalaufnahme mußte vorgenommen werden. Die vorgeschlagenen Rechnungen in Eintrahm zum Ausgabe gemieten. Von der Kassenprüfung der Gemeindekasse wurde Kenntnis genommen. Denjenigen, welche nach dem Hochwasser den Wasserschaden an den Keller ausgemessen haben, wurde eine kleine Entschädigung bewilligt. Von einem Schreiben des Bezirksamtes betr. außerordentlicher Holzschlag zur Verhütung der Bachufermauer und Einbau eines Schuttturms wurde Kenntnis genommen. Einige Anträge von Ausschleuse wurden zur Kenntnis genommen und zwecks Prüfung zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Die Schulferien wurden ab 15. bis 21. Juni angeordnet. Von einem Antrag Bordenr und Genossen wurde Kenntnis genommen und zwecks Prüfung einzelner Punkte zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

<b>EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN</b>		
<p><b>KÜHLSCHRÄNKE KÜHLANLAGEN</b></p> <p>ausgerüstet mit</p> <p><b>ROT-SILBER-KUHLAUTOMAT AS</b></p> <p>Hermetisch geschlossen Keine Explosions-Gefahr Kein Gasentweichen</p> <p>Praktisch unbegrenzte Lebensdauer kein Nachfüllen von Öl u. Kältemedium selbsttätige Regelung d. Kälteerzeugung</p> <p><b>BROWN, BOVERI &amp; Cie. A.G. MANNHEIM</b></p> <p>Abt. Kälte-Maschinen</p>	<p><b>Hch. Langendörfer</b></p> <p>Walzenmühle / Weingarten i. B. / Telefon Nr. 19</p> <p>empfiehlt neben seinen Weizen- und Roggenmehlen <b>Spezialmehle</b> wie Komlismehl, Weizenschrot, Roggenschrot</p>	<p><b>PROTOS Standard-Bügeleisen</b></p> <p><b>SIEMENS-SCHUCKERT-ZEUGNIS</b></p> <p>überall im Einzelhandel</p>
<p>Städt. (Oeffentl.) Sparkasse</p> <p><b>BADEN-BADEN</b></p> <p>Amtliche Hinterlegungsstelle</p>	<p><b>Leipheimer &amp; Mende</b></p> <p>Das Spezial-Geschäft</p> <p>für Herren- und Damenstoffe, Wäsche- und Haushaltstoffe</p>	<p><b>Geschw. KNOPF</b></p> <p>Das große moderne Warenhaus für Alle</p>
	<p><b>Drogerie Wilhelm Tscherning</b></p> <p>Ecke Amalien- und Karlstraße Fernsprecher Nr. 519</p> <p>Mitglied der Rabattspargruppe</p>	<p><b>Natürliche Mineralbrunnen</b></p> <p>des In- und Auslandes zu Kurzwecken und als köstliches Tischgetränk in allen Preislagen</p> <p><b>BAHM &amp; BASSLER</b></p> <p>KARLSRUHE I. B., Zirkel 30, Telefon 266</p> <p>GEGRÜNDET 1887 FREIBURG I. B., Lärzerhausstr. 19, Tel. 2967</p>
<p><b>Inserieren im Volksfreund</b></p> <p>Belebt das Geschäft - Erhöht den Umsatz</p>		



# Groß-Karlsruhe

## Geschichtskalender

17. Juni.

1719 \*Engl. Dichter Joseph Addison. — 1810 \*Dichter Ferdinand Freiligrath. — 1818 \*Komponist Charles Gounod. — 1832 \*Engl. Abol. Williams Crookes. — 1897 \*Wasserheilfunder Kneipp. — 1922 Ein Teil von Oberschlesien fällt an Polen. — 1923 Katastrophen Ausbruch des Vulkans.

### „Wenn die Mode töricht ist“ ...

Die warme Jahreszeit verlangt von uns Menschen, wenn anders wir uns wohl fühlen und Krankheit vermeiden wollen, eine zweckentsprechende Umstellung auch in unserer Kleidung. Kleiderfragen sind Modefragen, und gegen die Mode kämpft Hygiene selbst vergebens. Trotzdem sind von der Gesundheitslehre hinsichtlich der Frauenkleidung bereits unseugbare Erfolge erzielt worden. Der kurze Rock, das helle luftige Kleid und der freie Halsauschnitt entsprechen ebenso wie die poröse weißliche Unterkleidung durchaus den Anforderungen der Hygiene. Ganz anders aber die Männerkleidung! Hier ist das ganze Geschlecht zum Schwachen geworden, das festhält an alten, ungesunden Moden und Gewohnheiten. Dem wichtigsten Gebot hygienischer Kleidung: „Laß Luft an den Körper“ widerspricht der engankleidende Anzug aus dichten, dunklen Stoff, die dicke Weste und der steife Kragen, die den Mann so in einen luftundurchlässigen Panzer hineinschließen. Da muß man ja schwitzen, da muß man sich ja erkälten bei jeder plötzlichen Abkühlung oder bei Zugluft!

Wohl ist das gestärkte Oberhemd und der steife Kragen schon vielfach gefallen, aber das ist erst ein stüchtern Anfang. Die Reformbestrebungen der Männerkleidung haben im Ausland schon weit größere Fortschritte gemacht als bei uns, und die Mahnung des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung: „Wohu denn Rock und hohen Kragen, statt Hülsenhemd und Strohhut tragen?“ ist zum Beispiel in Amerika schon vielfach in die Tat umgesetzt worden. Vor allem muß bei der Männerkleidung alles Engende fallen. Da helle Stoffe die Wärmestrahlen leichter zurückwerfen als dunkle, so ist für die männliche Garderobe gleichfalls helle Kleidung zu fordern. Als poröse Stoffe eignen sich zumal für die Unterkleidung, Wolle, Seide und Trito. Der volles Haupthaar noch sein eigen nennt, der gehe ohne Hut und schütze den Kopf gegen direkte Sonnenstrahlen durch einen leichten luftdurchlässigen Strohhut. Mit einigem guten Willen ist sicher trotz aller modischen Einflüsse manches zu erreichen, und so mag nicht ungehört verhallen der Spruch: „Wenn die Mode töricht ist, sei, daß du vernünftig bist!“

### Die Keisebekanntschaft

Wir lesen in der Frankfurter Zeitung vom 14. Juni: Sie hatten sich im Schnellzug kennen gelernt. „Sie“, ein junges, hübsches Bauernmädchen aus der Nähe von Karlsruhe, wollte nach Freiburg zu Besuch, „er“, ein Mann in mittleren Jahren, war unterwegs ins gleiche Ziel eingeschlagen, hatte sich als Innehalter vorgestellt, die junge Kleine floht unterhalten und ließ dann lebenswichtig bereit erklärt, ihr die Schönheiten Freiburgs zu zeigen. Man ging auch auf den Schloßberg, ließ sich dort wohl sein und trennte sich erst in vorgelagerter Stunde. Wenige Stunden später wurde das junge Mädchen gewahrt, das die kurzen Stunden fröhlichen Besammelns eine Erinnerung zu zeitigen begann, die ihm nichts weniger als angenehm war. Nachdem sie festgestellt hatte, daß der Name, den ihr der „Innehalter“ genannt in der betreffenden Stadt gar nicht existierte, wandte sich die werdende Mutter zuerst an die Behörde, dann, als diese keinen Grund zum Einschreiten fand, an einen Detektiv, und dieser ging mit ihr das ganze Abenteuer gründlich durch. Das junge Mädchen erachtete u. a., daß ihr Begleiter ein Verlobter gewesen und an den Namen des Bekannten; der Privatbeamte begab sich nach der betreffenden Stadt und stellte den Mann. Er war verheiratet, kleiner Angestellter, Vater von fünf Kindern, lebte in recht bescheidenen Verhältnissen und war zur Zeit hellenlos. Als nun der Richter nach seiner Auftragserteilung kam, um ihr das Erbeinverhältnis seiner Nachfolgerin mitzuteilen, lag er schon im Saussur der Wohnung eines kleinen Sarghebers; die junge Mutter selbst lag krank zu Bett. Und so fand das Abenteuer für den „Innehalter“ damit sein Ende, daß er sich verflüchtete, 300 K. für entstandene Kosten in drei Jahresraten zu zahlen.

### Sonnenwende der Karlsruher Naturfreunde

Nur wenige Tage sind es noch bis der längste Tag und die kürzeste Nacht (astronomisch) in die Weltzeit sinkt. Diese Nacht und Stunde, die Sonnenwende, besitzen die Naturfreunde um angelegentlich dieses Naturvorganges zusammenzukommen und gemeinsam der Vergangenheit — der Zukunft zu gedenken und als Symbol für alles Werden und Vergehen zu betrachten. Erhebende Stunden sind es jeweils, die alle Beteiligten erfüllen. Am kommenden Samstag, den 20. Juni findet die Feier beim Naturfreundebaus Mosbronn statt. Alles ist aufs Beste vorbereitet. Feuerpiele, Sprechchor usw., auch für Speise und Getränke ist bestens besorgt. Es kommt jeder, der Zeit und Lust hat. Die Sonntagsfahrt nach Malsch folgt 80 Minuten. In zwei Stunden bequemem Marischen ist Mosbronn erreicht. Wer nicht laufen kann oder will, ist eingeladen an der Autofahrt ab Karlsruhe, alter Bahnhof bis Mosbronn und zurück (für 1,50 Mark) teilzunehmen. Anmeldungen zur Autofahrt sind an Arthur Hirt, Schützenstraße 84, 1. Stock, zu richten oder am Freitagabend im Volkshaus zu tätigen. Abfahrt voraussichtlich Samstag 20 Uhr. Rückfahrt Sonntag 10 Uhr.

### Kinderwanderung der Naturfreunde

am 28. Juni nach der Sulzacher Naturfreundebütte am Randweg Ettlingen-Malsch. Ein richtiges Familienfest ist dieses wie jedes Jahr. Aber es müssen die Kinder unter 14 Jahren alle anmelden werden, um auch die Vorbereitungen treffen zu können. Anmeldungen bitte schriftlich oder besser persönlich jeden Freitagabend im Volkshaus, Schützenstraße, oder Bezirksgruppen-Obleute.

(\*) Wieder Verlustschluß bei der Bad. Lokalbahn A.G. Der am 20. Juni nach Karlsruhe einberufenen ordentlichen Generalversammlung wird für 1930 wieder ein Verlustschluß vorliegt werden und zwar wird der Verlustforttrag sich von 285 266 auf 414 828 RM. erhöhen.

## Der Herr Stadtobermedizinalrat

Eine kritische Studie von Dr. Julius Moses (Berlin)

Es gibt eine Sorte von „wissenschaftlichen“ Schriftstellern, die mangelndes Wissen und vor allem die fehlende humane Gesinnung hinter einem Schwall nationalsozialistischer, politischer Schwelgerei verbergen trachten. Der Schaden, den diese Leute nicht nur für die Wissenschaft anrichten, ist ungeheuer. Leider hat Deutschland einen besonders großen „Beitrag“ an solchen dilettierenden „Forschern“, die sich die wichtigsten und kompliziertesten Gebiete aussuchen, um dort ihren Unfug zu treiben. Besonders gefährlich ist die Bevölkerungslehre, auf der die merkwürdigsten Blüten der „Wissenschaft“ zu finden sind. Da erschien kürzlich ein Buch „Die Lebensnotwendigkeit eines Karlsruher Stadtmedizinalrats, Hermann Paull, das verdächtig genug — von einem „Bund für Deutsche Familie“ und Volkskraft C. V.“ in Karlsruhe angepriesen wird. Der Wortschatz dieses Buches hat folgenden Wortlaut:

„In welcher Weise der Bestand unseres Volkes durch den starken Geburtenrückgang und das hochspannte Fürsorgewesen bedroht ist, wird in folgendem Buche überzeugend dargelegt. Wir bitten Sie, demselben Ihre Aufmerksamkeit zu widmen.“

Man weiß sofort, woher der Wind weht. Gegen Geburtenregulierung und Fürsorgewesen; ein abgeklapptes Lied, und man kann sich auch denken, welche Kräfte hinter diesem „Bund für Deutsche Familie“ und Volkskraft“ stehen. Zweifelhaft man noch, denn braucht man nur die Unterschrift des Wortschatzes betrachten: Geschäftsführer ist ein Herr Kilian, selbstverständlich Major a. D.

Das Buch des Herrn Paull, das von einem nationalsozialistischen Spektator angepriesen wird, verdient kaum ein Wort der Kritik: ein Sammelsurium der abgeleiteten Lügen über einen Geburtenrückgang, Fürsorgewesen und Sozialversicherung, wissenschaftliche Gewährsmänner für Herrn Paull sind Leuchten wie Herr Günther von Fries Gnaden, Herr Korber von Russolinas Gnaden, Chamberlain, Madermann und last not least Herr Horneffer, der Autor der wüsten Schmähschrift gegen die Sozialversicherung „Trennung vom Volke“. Herr Stadtobermedizinalrat Paull, der von Herrn Major Kilian so herzlich rekommandiert wird, schrieb sein Buch etwa in folgender Weise:

Die Gründe für die Geburtenbeschränkung: „Gewiß ist der materialistische Zeitgeist anzuklagen. Die weit um sich greifende Verarmungsangst ist an und für sich der Kinderzeugung feindlich.“ „Es scheint in der Tat ein Naturgesetz des Materialismus zu sein, daß die von ihm ergriffenen Menschen einen höheren Drang zeigen, ihre materiellen Bedürfnisse zu vermehren und zu erhalten, als ihre Art.“

Oder er läßt seinen Groll aus an der Frauenemanzipation, die an dem Geburtenrückgang schuld ist. Oder er urteilt über die Säuglingsfürsorge:

„Unser Humanität zwingt Staat und Gemeinden, alles aufzuwickeln, jedes einzelne Säuglingsleben zu vergrößern. Ob das in jedem Einzelfall wirkliche Humanität ist, soll hier nicht untersucht werden. Hinzu kommt, daß diejenigen Volksteile, welche durch die Säuglingsfürsorge in erster Linie betreut werden, großen Teils zu den Minderwertigen im Sinne der früheren Betrachtungen gehören. Die von vornherein schon beträchtliche Sterblichkeitsrate in der Kinderzucht mancher Familien wird durch die Fürsorge noch erhöht. Weil sie wissen, daß die Kinder, wenn sie einmal da sind, durch die öffentliche Fürsorge großgezogen werden, fallen auch die letzten sittlichen Remunerationen bei der Betätigung des Sexualtriebes weg.“

Das schrieb ein Arzt, Stadtobermedizinalrat in Karlsruhe, ein „Träger des deutschen Gesundheitswesens“! Aber nicht genug damit, daß ihm die Sorge für die Hilfsbedürftigsten der Hilfsbedürftigen, die Säuglinge, den Nachdruck, summiert ist, medert er auch an der Tuberkulosebekämpfung herum:

„So erziehen wir oft nicht viel mehr, als daß das Leben dieser Tuberkulose verlängert wird, was dazu benutzt wird (!!!) um. Dr. M.). Menschen zu züchten, welche schon mit einer gewissen Anfallsigkeit an diese Krankheit auf die Welt kommen.“

„Ganz besonders bedenklich erscheint in biologischer Betrachtung die große Mühe, welche wir uns heute in der Jugendfürsorge um die moralisch Minderwertigen, Geisteskranken, Schwachsinnigen und Psychopathen machen.“

Und natürlich darf auch folgender Quatsch nicht fehlen: „Eine besonders verderbliche Wirkung der Kranken- und Unfallversicherung scheint mir bei biologischer Betrachtung darin zu bestehen, daß die natürlichen Willen zur Gesundheit, welcher in den meisten Menschen, wenn auch in verschiedenen Graden, vorhanden ist, durchschüttelt und schließlich zerstört.“

„Die ganze Erwerbslosennot würde mit einem Schlage beseitigt sein, wenn es uns gelänge, ein lebendes Herr in dem Ausmaße wie Frankreich, zu halten. Der Hinweis hierauf sollte genügen, um unsere neuzeitlichen Maßstabnehmer, welche die jegliche Erwerbslosigkeit von der „Ueberbevölkerung“ als einem in unserer Kultur begründeten Uebel herleiten, eines Besseren belehren.“

Genug von diesem Quatsch. Erfaulich ist nur ein Vermerk auf der Innenseite des Titelblattes: „Aus dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erbelehre und Eugenik, Dr. Prof.

Dr. Eugen Fischer.“ In welchem Zusammenhang dieses wissenschaftliche Institut mit dem „Bund für Deutsche Familie und Volkskraft“ steht, ist uns unerfindlich und wir hoffen, eine Aufklärung des Herrn Prof. Fischer darüber zu hören, was das Kaiser-Wilhelm-Institut mit dem nationalsozialistischen Schmäder des Herrn Paull zu tun hat.

Herr Dr. Hermann Paull ist heute Stadtobermedizinalrat in Karlsruhe. Dies ist erstaunlich, schon deswegen, weil er der Urheber einer Broschüre ist, die im Jahre 1916, also in der ärgsten Kriegszeit, erscheint, und die wohl das hässlichste Dreckstück, was jemals von kriegsberauschten „Wissenschaftlern“ fabriziert wurde. Wir halten es für notwendig, von diesem Geisteserguß des Herrn Paull noch nachträglich Kenntnis zu geben. Das Büchlein heißt: „Die neue Familie, ein Beitrag zum Bevölkerungsproblem“ und erscheint in der Reihe der „Politischen Traktate“ in der Deutschen Verlagsanstalt. Damals war Herr Paull schon städtischer Schulrat in Karlsruhe.

Die Broschüre beginnt mit fulminanten Worten:

„Der Krieg hat den Streit über die Bedeutung des Geburtenrückganges beendet. (!!!) Wenn es vor dem Krieg eine Reihe von Sozialhygienikern und Sozialpädagogen gab, welche den Geburtenrückgang laut als ein Zeichen unserer vorrückenden Kultur priesen, so sind diese Stimmen jetzt vollständig verstummt.“

Diese Worte klingen heute wie ein Postnachtschrei. Gerade heute, wo wir mitten im Streit über die Bedeutung des Geburtenrückganges stehen! Für Herrn Paull war er aber mit Beginn des Krieges beendet. Warum schrieb er dann 1930 eine zweite Broschüre?

Das Tollste findet man auf späteren Seiten: Herr Paull verlangte eine „Neue Familienesegebungs“, in der u. a. der „Ehebruch unzulässig, nur Antragsdelikt bleiben kann, sondern er muß Offizialdelikt werden, das nicht nur mit entsprechenden Geld- und Freiheitsstrafen, sondern vor allen Dingen mit dem Verlust des politischen Wahlrechts zu bestrafen sein.“

Herr Paull hat weiter einen politischen Geniestreich erfunden: „Soll es so bleiben?“ fragt er, „daß jeder junge Bürsche von 25 Jahren an dem Gang der öffentlichen Dinge denselben Einfluß haben soll wie das Familienoberhaupt? Bei der neuen Familienesegebungs würde nur der Verheiratete oder der Witwer zur Wahlurne zugelassen werden dürfen.“ Nach diesem Rezept des Herrn Paull wäre also die beste Lösung für die Wahlrechtsfrage, recht viele Kinder in die Welt zu setzen. Wer kein Geld besitzt, um eine Familie zu gründen, der bleibt vom höchsten politischen Recht ausgeschlossen. Das sieht sich wie eine Karzelei, und wahrscheinlich wird Herr Paull sich heute etwas gemieren, aber 1916 wurde es geschrieben, ohne daß die geübteste Feder protestierte. Damals nannte er die „Bindung des Wahlrechts an ein ärztliches Merkmal wie das Alter des Menschen, das jeder Abiot erreicht, so laut wie der Philosoph“, eine der schlimmsten Verkümmern des Menschenseinens, die „nur dadurch einigermaßen verständlich erscheint, daß sie im herausragenden Taumel der großen Revolution in Frankreich entstanden ist.“

Nachdem Herr Paull so seinen Wishes über das allgemeine und gleiche Wahlrecht ausgedrückt hat, kommt er zu dem Gipfelpunkt erlebter Giftigkeit: Er beantragt nämlich für seine neue Familienesegebungs folgendes:

„Wer dem Vaterlande Schädlinge schenkt, und als solche sind die unehelichen Menschen zu allen Zeiten bemerkt worden, der hat nicht denselben Anspruch auf Würde wie der Vater vollwertiger Menschen. Des politischen Wahlrechts muß der uneheliche Vater wenigstens zeitweise verlustig gehen, weil er durch seine Tat die Ehe, die sittliche Voraussetzung des Staates, gefährdet hat.“

Und selbstverständlich steht er auch für die weiteren Folgerungen:

„Daß bei der neuen Familienesegebungs die uneheliche Mutter der ehelichen nicht gleichgestellt werden kann, wie es der Bund für Mutterchutz anstrebt, ist selbstverständlich. Im Interesse der Ehe und Familie muß die uneheliche Mutter infamisiert bleiben!!!“

Der Krieg hat selbst die besten Köpfe in Verwirrung gebracht. Aber die Broschüre des Herrn Paull geht doch über das Gewohnte hinaus. Seine „neue Familienesegebungs“ verdient es, daß man sie immer wieder hervorholt, um zu beweisen, mit welchem Ungehörig ist es auch nicht erstaunlich, daß Herr Paull sich von seiner Familienesegebungs auch einen politischen Zweck versprach:

„Ja, es ist sehr wahrscheinlich, daß auch die sogenannte Gefahr durch diese Familienesegebungs beseitigt werden würde.“

Und solche Paulls gibt es selber unter den deutschen Verräten nicht wenige. Die neue Zeit geht über solche Leute hinweg. Die Familienesegebungs des neuen Staates ist gerade das Gegenteil dessen, was die Paulls propagieren. Damit sind sie durch die Geschichte verurteilt. Bewundernswert ist nur ihr Mut, mit dem sie immer wieder in die Öffentlichkeit zu treten wagen.

### Die Polizei berichtet:

#### Verkehrsunfälle

Am Karlsruher wurde eine Radfahrerin, welche das Haltezeichen des Verkehrszeichens nicht beachtete, von einem Lieferwagen angefahren und zu Boden geschleudert. Die Radfahrerin kam glücklicherweise mit leichten Verletzungen davon.

An derselben Stelle fiel infolge unvorsichtiger Einbiegen ein Personkraftwagen mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Es entstand nur Sachschaden.

#### Wegen Erregung öffentlichen Aergernisses

gelangt ein 67 Jahre alter Maurer zur Anzeige.

#### Veranstaltungen

Quartalsversammlung der Arbeiter-Radfahrer von Karlsruhe. Am Samstag, den 20. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet im Volkshaus Volksversammlung der Ortsgruppe statt. Wegen sehr wichtiger Tagesordnung „Tag der Arbeit“, Film und Demonstrationsszug, Einleitung zur Arbeit auf dem Festplatz usw. Ist häusliches Ersparenen Pflichtsache. Sein Augenmerk darf keine Nebenbetrachtungen mitbringen. Zum Film: Rad-Sportklub sind noch Karten im Vorrat. S. S.

#### Gegen Wandlaufen

Mundwunden durch übermäßige Schweißabsonderung an Füssen und anderen Körperstellen (Wohlfühl, Sonnen- und Gießschmerz. Sofort käuflich und heilend: Verband-Past-Creme (Blau-Bach) auch als Rosemilch für Hände u. Gesicht. Tube 60 Pf., 1/2 in allen Chloroform-Verkaufsstellen zu haben. 6713

### Lichtspielhäuser

#### Residenz-Theater

Die Blumenfrau von Hindenburg. In Anbetracht der nun fallenden Bundessteuer hat das Reich-Theater mit dieser Komödie die Sachlage erlährt. Insbesondere für die Bundesbesitzer, denen die Prozenten eben durch diese Forderung etwas gekürzt werden, dürfte der Kamauf um einen allerdings „nicht ganz zersetzenden“ oder eine unvollkommene Interessensverteilung sein.

Diese Frau Vogel, Schneiderin der Bundessteuer, leuchtete, auf dem Leben abgeblüht, bildet mit ihrem kleinen Toni das, worum sich alles dreht. Der Hund soll getötet werden. Wie aber nun eben diese Blumenfrau, die auf amtlichem Wege nicht zu ihrem Hundert kommt, ihr den aus Herz gewaschenen Toni wieder zurückerobert, das setzt uns in unterhaltender, lustiger Weise dieser Film. Mit Ironie und viel Witz sind Kuriositäten in Szene gesetzt, die dem Zuehrer allerdings in den Dimensionen nicht möglich sein werden. Die Frau ein Vorbild für die Herrin unserer kleinen Städte und amüsant in den Dingen ihrer Sache gestellt. Die pedantischen Paragrafenentzifferungen liegen in den letzten Aktenstücken. Eine bessere und geschicktere Waffe als die Adressenliste hätte man nicht wählen können — außer Eintrübnissen und weichen Kläufen selbstverständlich. Die Szenen sind so ausgeführt, daß ein Bombenerfolg erzielt wurde. Das Publikum kam nicht mehr aus dem Saal heraus. Die Bundessteuerzahler mögen hier einen Sad voll Humor holen und sich freuen; denn schlimmer wie dieser Blumenfrau Vogel kann es ihnen sicherlich nicht ergehen.

Renate Müller verleiht der Stadträtin menschliche und verständliche Blicke, während ihr Partner den verhöhrten Kommunalpolitiker so gibt, wie ihn der deutsche Bürokratismus nicht besser fabrizieren könnte. In Wirklichkeit legt sich aber ein Journalist streng genommen wegen einem Hund nicht so ins Zeug. — Uebrigens noch ein nettes Spielprogramm. S.

#### Wasserstand des Rheins

Basel 195, aeft. 2; Waldshut 380; Schusterinsel 262, aeft. 4; Rehl 385, aeft. 1; Rastatt 565, aeft. 1; Mannheim 475, aeft. 2 Zim.

